Neues aus Niedersachsen

Newsletter aus Hannover für die Region

CDU
FRAKTION NIEDERSACHSEN

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2025 neigt sich dem Ende zu und auch im Niedersächsischen Landtag stand kürzlich die letzte Plenarsitzung für dieses Jahr an. Zum Jahresende rückt traditionell der Landeshaushalt in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Während viele Kommunen ihre finanziellen Planungen bereits abgeschlossen haben, wurden die zentralen Weichenstellungen im Landtag nun intensiv diskutiert.
In den Beratungen über den Haushalt des kommenden Jahres entscheidet sich, welche Schwerpunkte Niedersachsen setzt und wie wir den anstehenden Herausforderungen begegnen wollen. Dabei wird deutlich: Unser Land braucht mehr Entschlossenheit und Gestaltungswillen – insbesondere bei Investitionen in Infrastruktur, Bildung und der inneren Sicherheit. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, bestimmen maßgeblich die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens. Ein starkes Niedersachsen ist machbar, wenn wir jetzt mutig handeln.
Trotz der arbeitsreichen Wochen in Hannover und zahlreicher Termine im Wahlkreis bietet die Adventszeit Gelegenheit, kurz innezuhalten. Nach einem ereignisreichen Jahr voller Herausforderungen wünsche ich Ihnen und Euch, dass die verbleibende Zeit bis zum Jahresende Raum für Ruhe und Besinnung lässt. Nutzen wir diese Wochen im Kreis von Familie und Freunden, um neue Kraft zu sammeln und den Blick auf das Wesentliche zu richten.
Ich wünsche Ihnen und Euch eine besinnliche, friedliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Und seien Sie und Ihr gespannt – im kommenden Jahr wird es ein paar Neuerungen geben.

Herzliche Grüße

Für sichere Straßen, starke Forschung und mehr Investitionen in den Tourismus

In meiner Haushaltsrede im Niedersächsischen Landtag habe ich deutlich gemacht: Eine leistungsfähige Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und sichere Mobilität. Doch statt Fortschritt erleben wir beim Zustand der Landesstraßen in Niedersachsen Stillstand – marode Fahrbahnen, kaputte Brücken und fehlende Radwege.
Während Kommunen trotz knapper Mittel investieren, nutzt das Land vorhandene Sondervermögen kaum und bremst dringend notwendige Projekte aus. Das ist keine Frage fehlender Finanzmittel, sondern fehlenden politischen Willens.

Wir als CDU fordern deshalb klare Investitionsimpulse:

·38 Millionen Euro zusätzlich für den Landesstraßenbau,

·schnellere Verfahren und bessere Förderungen für Bürgerradwege,

·sowie Planung und Umsetzung neuer Radwege aus dem Sondervermögen.

Zudem habe ich hervorgehoben, dass Niedersachsen stärkere Zukunftsinvestitionen in Wirtschaft und Forschung braucht. Als wichtiger Luft- und Raumfahrtstandort liefert das Land bereits heute Impulse weit über die Branche hinaus. Diese Innovationskraft muss ausgebaut werden – durch eine Neuauflage der Luft- und Raumfahrtforschung.

Auch im Tourismus besteht Handlungsbedarf: Von der Küste bis in den Harz ist er ein echter Wirtschaftsfaktor. Hier setzen wir uns für 4,1 Millionen Euro zusätzliche Mittel ein.

Die Richtung ist klar: Niedersachsen braucht Entscheidungen statt Ausreden – sichere Straßen statt Schlaglöcher, Radwege statt Gefahrenstellen, Forschung statt Stillstand und Investitionen statt Ankündigungen.

Ein modernes Niedersachsen ist machbar.

Rot-Grün trägt Verantwortung für weniger Spielerschutz und den Verlust hunderter Arbeitsplätze in der Spielhallenbranche

Die rot-grüne Landesregierung trägt nach Auffassung der CDU die Verantwortung für einen Rückgang des Spielerschutzes sowie den drohenden Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in der niedersächsischen Spielhallenbranche. Darauf macht der CDU-Abgeordnete Uwe Dorendorf aufmerksam. Nach Angaben der Branche geht es um rund 3.000 sozialversicherungspflichtige Stellen, deren Zukunft nun politisch entschieden wird.

Gespielt wird immer – entscheidend ist, ob unter klaren gesetzlichen Vorgaben mit hohem Spielerschutz oder im illegalen, unkontrollierten Raum. Ein stark reguliertes legales Angebot mit festen Auflagen, regelmäßigen Kontrollen und funktionierenden Sperrsystemen bietet deutlich mehr Schutz als ein Ausweichen in illegale Strukturen. Wer legale Angebote weiter zurückdrängt, riskiert genau diesen Effekt.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir die Übergangsfrist für bestehende Verbundspielhallen bis zum 31. Dezember 2030 verlängern. Damit schaffen wir Planungssicherheit für Betriebe und Beschäftigte und sichern tausende Arbeitsplätze. Ministerpräsident Olaf Lies hat mehrfach betont, dass der Schutz von Arbeitsplätzen Priorität habe – dieses Versprechen muss nun auch politisch eingelöst werden.

Rechtliche Bedenken gegen unseren Vorschlag weisen wir zurück. Der Glücksspielstaatsvertrag setzt kein festes Enddatum und überlässt die Ausgestaltung der Übergangsfristen ausdrücklich den Ländern. Andere Bundesländer nutzen diesen Spielraum bereits deutlich weiter. Unsere Lösung ist moderat, verantwortungsvoll und staatsvertragskonform.

Unser Gesetzentwurf beschränkt sich ausschließlich auf die Verlängerung der Frist. Es gibt keine neuen Konzessionen und keine zusätzlichen Ausnahmen. Unser Ziel ist klar: Spielerschutz auf hohem Niveau sichern und gleichzeitig Arbeitsplätze in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten erhalten. Jetzt liegt es an SPD und Grünen, unserem Gesetzentwurf zur Mehrheit zu verhelfen.

Wer Hebammen nicht hört, gefährdet die Geburtshilfe in ganz Niedersachsen

Der neue Hebammenhilfevertrag bringt viele Beleghebammen in Niedersachsen wirtschaftlich an ihre Grenzen und gefährdet damit die geburtshilfliche Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum. Darauf weist die CDU-Landtagsabgeordnete Laura Hopmann im Niedersächsischen Landtag hin.

Entgegen der Einschätzung von Gesundheitsminister Philippi seien sehr wohl Einkommenseinbußen und Versorgungsprobleme zu erwarten. Erste Abrechnungen zeigten bereits Einkommensverluste von bis zu 30 Prozent. Allein im Jahr 2023 begleiteten Beleghebammen in Niedersachsen rund 8.500 Geburten – ihr Wegfall hätte gravierende Folgen.

Schließt auch nur ein weiterer Kreißsaal, müssen umliegende Kliniken hunderte zusätzliche Geburten auffangen. Das bedeutet höhere Belastungen für Personal und Eltern und gefährdet eine verlässliche, flächendeckende Versorgung. Diese umfasst nicht nur kurze Wege, sondern auch ausreichende Kapazitäten, verfügbare Hebammen und freie Kreißsäle.

Wir als CDU-Fraktion fordern die Landesregierung auf, Verantwortung zu übernehmen und nicht auf den Bund zu verweisen. Niedersachsen ist für die Krankenhausplanung zuständig und muss kurzfristige Unterstützungs- und Überbrückungslösungen für

Beleghebammen schaffen, solange der Hebammenhilfevertrag evaluiert und nachverhandelt wird. Wer die Geburtshilfe sichern will, muss jetzt handeln.

„Halbe Sachen“ als Regierungsprinzip

Das Regierungshandeln von SPD und Grünen folgt in diesem Jahr einem klaren Muster: viel Ankündigung, wenig Konsequenz. Ob im Haushalt oder in zentralen Politikfeldern – statt mutiger Entscheidungen erleben wir ein uninspiriertes Verwalten und ein Nebeneinander von halbfertigen Konzepten. Niedersachsen wird so nicht vorangebracht.

Besonders deutlich zeigt sich das in der Bildungspolitik. Es fehlt an einer konsequenten Sprachförderung, an einem durchdachten Ganztagskonzept und an wirksamen Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel. Die Unterrichtsversorgung stagniert, Quereinstiege bleiben kompliziert, Lehrkräfte sind überlastet. Statt strukturelle Probleme zu lösen, setzt die Landesregierung auf Symbolpolitik – etwa bei der Digitalisierung ohne pädagogisches Gesamtkonzept.

Auch in der Innen- und Sicherheitspolitik bleiben es halbe Schritte. Sinkende Polizeipräsenz, fehlende digitale Ausstattung, unzureichende Konzepte gegen Cyber- und organisierte Kriminalität sowie das monatelange Zögern bei der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter zeigen mangelnde Entschlossenheit. Sicherheit darf kein Koalitionspoker sein.

In der Wissenschafts- und Hochschulpolitik wurde trotz klarer Warnungen zu lange gezögert – etwa beim Ordnungsrecht zum Schutz jüdischer Studierender. In der Wirtschaftspolitik fehlen Tempo und Prioritäten: Genehmigungen dauern zu lange, Industrieprojekte kommen nicht voran, Chancen bei Infrastruktur und Hafenanbindungen bleiben ungenutzt.

Gleichzeitig schöpft die Landesregierung neue Verschuldungsspielräume vollständig aus, ohne die strukturellen Probleme anzugehen. Kommunen werden finanziell überfordert und politisch bevormundet – trotz milliardenschwerer Defizite enthält der Haushalt keinen fairen Deal für Städte und Gemeinden.

Niedersachsen braucht mehr als Dialogrunden und Absichtserklärungen. Es braucht Klarheit, Mut und konsequentes Handeln – in Bildung, Sicherheit, Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung und im Verhältnis zu den Kommunen. Unser Land ist zu stark und zu lebenswert für halbe Sachen. Niedersachsen braucht einen echten Richtungswechsel.

Aktuelle Stunde der SPD zum Kinderschutz ist vor allem eins: ein Ablenkungsmanöver

Die Aktuelle Stunde der SPD zum Kinderschutz ist nach Auffassung unserer CDU-Landtagsfraktion vor allem ein Ablenkungsmanöver. Zwar werde viel über Kinderschutz gesprochen, konkrete Verbesserungen für Kinder, Familien und Fachkräfte blieben jedoch aus.

Seit Jahren arbeitet die Landesregierung an einem Kinderschutzgesetz. Dennoch liegt bis heute kein Gesetzentwurf vor, ein Inkrafttreten ist frühestens Anfang 2026 zu erwarten. Spürbare Verbesserungen für Jugendämter oder betroffene Kinder gibt es bislang nicht.

Kinderschutz misst sich nicht an Debatten und Schlagzeilen, sondern an klaren gesetzlichen Regelungen, verlässlichen Zuständigkeiten und ausreichenden Ressourcen. Die Landesregierung ist jetzt in der Pflicht, endlich zu liefern.

Kinder und Familien in Niedersachsen haben Anspruch auf wirksamen

Schutz – nicht auf politische Inszenierung und unverbindliche Ankündigungen.

Die Botschaft dieses rot-grünen Haushalts ist maximale Kreditaufnahme – zulasten der kommenden Generationen

Die Botschaft des rot-grünen Landeshaushalts ist eindeutig: maximale Kreditaufnahme zulasten kommender Generationen. Das lehnen wir als CDU-Fraktion entschieden ab. Niedersachsen rangiert bei vielen Zukunftsfragen im Ländervergleich nur im Mittelfeld oder darunter – bei einem Punkt jedoch an der Spitze: der Schuldenfinanzierung. Als einziges Flächenland neben den Stadtstaaten Berlin und Bremen schöpft Niedersachsen die neuen Kreditspielräume vollständig aus.

Wir als CDU-Fraktion verfolgen einen klar anderen finanzpolitischen Ansatz. Unser Ziel ist ein Konsolidierungshaushalt – keine Politik nach dem Motto „Schulden machen, weil es erlaubt ist“. Neue Kredite dürfen allenfalls konjunkturell begründet sein, nicht strukturell und dauerhaft. Unser Haushaltsantrag zeigt: Die von Rot-Grün geplanten zusätzlichen zwei Milliarden Euro Schulden sind vermeidbar.

Besonders kritisch sehen wir die fehlende Reformbereitschaft der Landesregierung bei Personalkosten und Verwaltungsstrukturen. Trotz demografischen Wandels bleibt alles beim Alten: überholte Strukturen, schleppende Prozesse und ungenutzte Digitalisierungspotenziale. Wir fordern stattdessen eine moderne, schlanke und leistungsfähige Landesverwaltung. Das Argument der angeblichen Schuldentragfähigkeit überzeugt uns nicht. Diese ist das Ergebnis solider Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte – und kein Freibrief für neue Schulden. Rot-Grün lebt vom Erbe seiner Vorgänger, statt verantwortungsvoll damit umzugehen.

Wir haben einen Gegenentwurf vorgelegt, der ohne neue Kredite auskommt und die Grundlage für notwendige Reformen schafft. Während Rot-Grün auf Schulden setzt, setzen wir auf solides Haushalten und strukturelle Erneuerung. Das ist der entscheidende Unterschied.

Illegale Migration lässt sich begrenzen und Niedersachsen muss endlich handeln

Illegale Migration lässt sich begrenzen – der Bund zeigt, wie es geht. Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit klaren Maßnahmen wie Grenzkontrollen, strengeren Abschieberegeln und einer Anpassung der Herkunftsstaaten die Zahl der Asylanträge spürbar gesenkt.

In Niedersachsen dagegen bleiben Rückführungen zu langsam und unkoordiniert. Zuständigkeiten sind zersplittert, Dublin-Verfahren kommen kaum voran, und abgeschobene Straftäter können zu lange im System verbleiben. Das beschädigt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Wir als CDU fordern deshalb einen Kurswechsel: zentrale Strukturen für Dublin- und Sekundärmigrationsfälle, mehr Abschiebungshaftplätze, klarere Regeln für Rückführungen sowie die konsequente Umsetzung von Bezahlkarte und Arbeitspflicht.

Eine Wende in der Migrationspolitik ist möglich – Niedersachsen muss nur handeln

Der Monat in Bildern

Letzte Kreistagssitzung 2025

Orange Day im Wahlkreisbüro

Jahreshauptversammlung CDU Barnstorf

Besuch Michael Fürst an der Christian-Hülsmeyer-Schule in Barnstorf

Weihnachtsfeier Team Scharrelmann